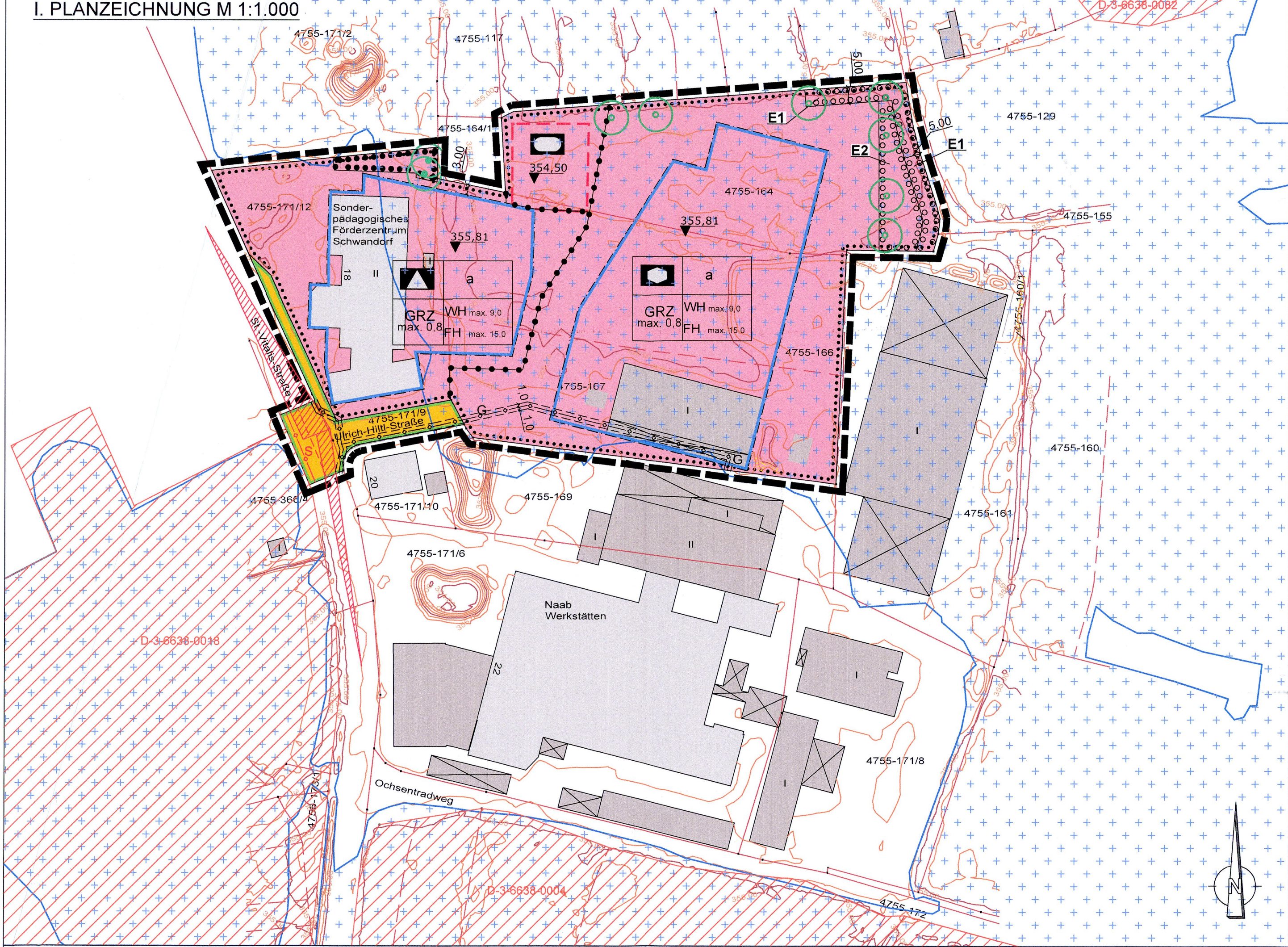


I. PLANZEICHNUNG M 1:1.000



Die Stadt Schwandorf erlässt auf Grund

- der §§ 2 Abs. 1, 9 und 10 Baugesetzbuch (BauGB)
- des Art. 23 der Gemeindeordnung (GO)
- der Bayerischen Bauordnung (BayBO)
- der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO)
- der Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der jeweils zum Zeitpunkt dieses Beschlusses gültigen Fassung, den Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf" als Satzung.

Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf" ist die Planzeichnung M 1:1.000 vom 02.09.2025 maßgebend. Sie ist Bestandteil dieser Satzung.

Bestandteile der Satzung

Der Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf" besteht der Planzeichnung (M 1:1.000) mit zeichnerischem Teil vom 02.09.2025 und den planlichen und textlichen Festsetzungen.

Begründung und Anlagen zum Bebauungsplan

Die Begründung mit Umweltbericht vom 02.09.2025 ist dem Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf" beigefügt.

Anlage 1: Beiphan zur Berechnung des erforderlichen Retentionsraumes - Bereich Naab-Werkstätten zum Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf" vom 02.09.2025

Anlage 2: Baugrunduntersuchung und Baugrundeigenschaften – Geotechnischer Bericht Nr. 12011 vom 20.04.2011 vom Ingenieurbüro

Anlage 3: Geotechnischer Bericht Nr. 2024-2044 vom 01.10.2024 vom IFB Eigenschank GmbH, Deggendorf

Anlage 4: Ausgleichsfläche zum Bebauungsplan Nr. 97 Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf – Ausgleichskonzept – Lagplan der landschaftspflegerischen Maßnahmen M 1:1.000, vom 22.10.2024, erstellt durch Landschaftsarchitekt Thammer, Schönbach

Anlage 5: Ausgleichsfläche zum Bebauungsplan Nr. 97 Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf – Ausgleichskonzept – Naturschutzfachliche Kompensation, vom 22.10.2024, erstellt durch Landschaftsarchitekt Thammer, Schönbach

Anlage 6: Übersichtsplan für Ausgleich Retentionsraum Sonderpädagogisches Förderzentrum Schwandorf, M 1:250 vom 07.11.2024, erstellt durch Landratsamt Schwandorf, Sgb. 14 Hochbau

Anlage 7: Berechnung für Ausgleich Retentionsraum Sonderpädagogisches Förderzentrum Schwandorf (Antrag nach § 78 Abs. 56 WHG) vom 07.11.2024, erstellt durch Landratsamt Schwandorf, Sgb. 14 Hochbau

Anlage 8: Ökotoke Naab-Werkstätten mit externer Ausgleichsfläche für den Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf", Stadt Schwandorf, Lage Grundstück Flur-Nr. 406 (TF), Gemarkung Etmannsdorf (4755), Stadt Schwandorf - Plan bauplanungsrechtliches Ökotoke mit externer Ausgleichs- und Ersatzfläche sowie Maßnahmen für den Bebauungsplan M 1:1.000 vom 20.03.2025, erstellt durch Jochem Kessler Kellhuber GmbH, Iggensbach

Anlage 9: Genehmigungsbeseid Landratsamt Schwandorf, Zulassung nach § 78 Abs. 2 WHG zum Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 97 "Gemeinbedarfsfläche östlich der St.-Vitalis-Straße, Etmannsdorf" vom 17.03.2025

Stadt Schwandorf, den _____ Andreas Feller, Oberbürgermeister

II. PLANLICHE FESTSETZUNGEN

1.0 EINRICHTUNGEN UND ANLAGEN ZUR VERSORGUNG MIT GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN BEREICHS, FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF, FLÄCHEN FÜR SPORT- UND SPIELANLAGEN (§ 5 Abs.2 Nr.2a und Abs.4, § 9 Abs.1 Nr.5 und Abs.6 BauGB)

1.1 Flächen für den Gemeinbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) (sh. Pkt. III.1.1.1 bis III.1.1.3)

1.1.1 Zweckbestimmung: Sonderpädagogisches Förderzentrum mit Turnhalle

1.1.2 Zweckbestimmung: Sportplatz

1.1.3 Zweckbestimmung: Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (Naab-Werkstätten)

2.0 BAUWEISE, BAUGRENZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

2.1 Baugrenze

2.2 Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen, hier: Sportplatz

2.3 a abweichende Bauweise

3.0 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

3.1 GRZ max. zulässige Grundflächenzahl gem. Planeintrag

3.2 WH maximal zulässige traufseitige Wandhöhe gem. Planeintrag in Meter bezogen auf den festgesetzten Höhenbezugspunkt

3.3 FH maximal zulässige Firsthöhe gem. Planeintrag in Meter bezogen auf den festgesetzten Höhenbezugspunkt

3.4 355,81 bzw. 354,50 jeweils festgesetzter Höhenbezugspunkt in Meter über Normalhöhennull (§ 9 Abs. 3 BauGB) festgesetzte geplante Fertigfußbodenhöhe (FFB) für das Erdgeschoss, diese festgesetzte FFB ist mit einem Spielraum von +/- 25 cm verbindlich bzw. für den OK FFB Sportplatz

4.0 VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

4.1 Straßenverkehrsfläche, öffentlich

4.2 Straßenbegrenzungslinie

5.0 SONSTIGE PLANZEICHEN UND FESTSETZUNGEN

5.1 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB, Innenkarte maßgebend)

5.2 Abgrenzung der Art der Nutzung, hier: unterschiedliche Gemeinbedarfeinrichtungen

6.0 GRÜNORDNUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und 20 und Abs. 6 BauGB)

6.1 zu erhaltende Einzelbäume

7.0 FLÄCHEN UND MASSNAHMEN NATURSCHUTZ / LANDSCHAFTSPFLEGE (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)

7.1 Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen - Erhalt der Bäume und Sträucher

7.2 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

7.2.1 **E1** Pflanzung von 3-reihigen Gehölzpflanzungen bestehend aus Sträuchern entlang der Grundstücksgrenze bzw. ersatzweise pro angefangene 10 m ein Obstbaum. Die Auswahl der Pflanzen hat gemäß der Pflanzenliste Punkt IV.3.2 und IV.3.3 zu erfolgen.

7.2.2 **E2** Entwicklung eines extensiven artenreichen Grünlands (sh. Punkt IV.2.2).

7.3 zu pflanzende Einzelbäume:

7.3.1 Laubbäum I. Ordnung (Hochstamm) nach Pflanzliste Punkt IV.3.1; eine legemäßige Standortverschiebung um bis zu maximal 5 m unter Einhaltung der Anzahl ist zulässig.

8.0 KENNZEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

8.1 Flurstücksgrenze

8.2 Flurstücksnummer

8.3 Bestandsgebäude

8.4 Überschwemmungsgebiet (Quelle BayernAtlas 06/2023)

8.5 kartierte Bodendenkmäler - außerhalb Geltungsbereich (Quelle BayernAtlas 06/2023)

8.6 Sichtdreiecke 3,0/70 m (50 km/h)

8.7 bestehende unterirdische Gashauptheilung mit Schutzstreifen beidseits je 1,0 m

8.8 bestehende unterirdische 20 KV-Leitung mit Schutzstreifen beidseits mind. 0,5 m

9.0 HINWEISE

9.1 Bemaßung

9.2 Höhenschichtlinien Bestand in Meter über Normalhöhennull (NN) - Höhenabstand 100 cm (Quelle GeodatenOnline dgm 06/2023)

9.3 Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Bauweise
max. zulässige Grundflächenzahl GRZ Verhältnis der überbaubaren Fläche zur Grundstücksfläche	max. zulässige traufseitige Wandhöhe WH in Meter bzw. Firsthöhe FH in Meter bezogen auf den jeweiligen Höhenbezugspunkt

a Flächen für den Gemeinbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

ab abweichende Bauweise (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

WH maximal zulässige traufseitige Wandhöhe in Meter bezogen auf den jeweiligen Höhenbezugspunkt (§ 18 BauNVO)

FH maximal zulässige Firsthöhe in Meter bezogen auf den jeweiligen Höhenbezugspunkt (§ 18 BauNVO)

GRZ maximal zulässige Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)

GRZ maximal zulässige Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)

III. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1.0 FESTSETZUNGEN NACH BAUGB UND BAUNVO

1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1.1 Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

1.1.1.1 Im Rahmen der Fläche für den Gemeinbedarf - Zweckbestimmung "Sonderpädagogisches Förderzentrum mit Turnhalle" sind die folgenden Einrichtungen und Anlagen allgemein zulässig:

- Gebäude für das sonderpädagogische Förderzentrum,
- Sporthalle und Spiel- und Sportanlagen.

1.1.2 Im Rahmen der Fläche für den Gemeinbedarf - Zweckbestimmung "Sportplatz" sind die folgenden Einrichtungen und Anlagen allgemein zulässig:

- Spiel- und Sportanlagen.

1.1.3 Im Rahmen der Fläche für den Gemeinbedarf - Zweckbestimmung "Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (Naab-Werkstätten)" sind die folgenden Einrichtungen und Anlagen allgemein zulässig:

- Gebäude für die sozialen Zwecken dienenden Einrichtungen.

1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16, 19, 20 BauNVO)

1.2.1 Grundflächenzahl (GRZ) maximal zulässige Grundflächenzahl 0,8

1.2.2 maximal zulässige traufseitige Wandhöhe (WH) für geneigte Dächer (Sattel-, Valm- und Pultdach) in Metern: maximal zulässige Wandhöhe (WH) für Flachdächer in Metern: Hauptgebäude: 9,0 m Nebengebäude: 4,0 m

1.2.3 maximal zulässige Firsthöhe (FH) in Metern: Hauptgebäude: 9,0 m Nebengebäude: 4,0 m

1.2.4 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

- die Anlagen eine maximale Höhe von 2,5 m gemessen von der Oberkante der tatsächlichen Wandhöhe nicht überschreiten, maximal aber nur bis zu einer Höhe von 2,5 m über der festgesetzten Wandhöhe bezogen auf den jeweiligen Höhenbezugspunkt, und
- sie mindestens 2,0 m von der Außenwand zurückversetzt sind.

1.2.5 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.6 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.7 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.8 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.9 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.10 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.11 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.12 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.13 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.14 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

1.2.15 Dachaufbauten Bei Flachdächern sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude nicht überschreiten.

Bei geneigten Dächern (Sattel-, Valm- und Pultdach) sind Dachaufbauten und technische Aufbauten zulässig, wenn die Dachaufbauten und technische Aufbauten eine maximale Grundfläche von insgesamt 20 m² pro Gebäude zusammen nicht überschreiten und die Anlagen die tatsächliche Firsthöhe nicht mehr als einen halben Meter überschreiten.

Die Höhe von Kaminen ist uneingeschränkt zulässig.

Solaranlagen (Naab-Werkstätten) sind von den vorangegangenen Begrenzungen ausgenommen und sind auf dem Dach ausgetüpfelt zulässig, jedoch mindestens 1,0 m von der Außenwand zurückversetzt.

1.3 Bauweise (§ 22 BauNVO)

1.4 Abstandslinien Die Abstandslinien gemäß Art. 6 BayBO sind einzuhalten. Art. 6 Abs. 5 Satz 2 BayBO findet keine Anwendung.

1.5 Nebenanlagen Außerhalb der Baugrenzen sind nur folgende Anlagen zulässig:

- Stellplätze und Carports,
- Lagerflächen, Containerstellflächen,
- Fahrrad- und Motorradabstellanlagen und Müllhäuschen einschließlich ihrer Überdachungen mit einer Fläche bis zu 30 m²,
- Zufahrten zum Gebäude und zu den Stellplätzen,
- Fahnenmasten,
- Werbespykone,
- Aufschüttungen und Abgrabungen gemäß den Festsetzungen dieser Satzung,
- Einfriedungen und Stützmauern gemäß den Festsetzungen dieser Satzung.

Ebenso dürfen Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO außerhalb der Baugrenzen errichtet werden.

1.6 PKW-Stellplätze und Lagerflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

PKW-Stellplätze und untergeordnete Lagerflächen, auf welchen nicht mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, sind zwingend mit wasserdurchlässiger Befestigung zu gestalten (z.B. Rasenputzplaster, Rasengittersteine, Schotterterrassen, Okopflaster oder andere wasserdurchlässige Belagsarten).

1.7 Dächer (§ 9 Abs. 25 a BauGB, § 9 Abs. 23 b BauGB)

Grunddächer sind auf mindestens 80% der gesamten Flachdachflächen mit einer mindestens extensiven Begrünung mit mit artenreicher standortheimischer Saatgutmischung auszuführen. Die Vegetationsflächen müssen eine mindestens 6 cm starke durchwurzelbare Schicht enthalten.

2.0 GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN NACH ART. 81 BayBO

2.1 Ausschließlich zulässige Dachformen und Dachneigungen für Haupt- und Nebengebäude:

- Satteldach, Walmdach 15° bis 35°
- Pultdach, versetztes Pultdach 3° bis 15°
- Grunddach bis 5°

Geneigte Flächen mit durchgehender Firstlinie des Hauptbaukörpers, First parallel zur längeren Gebäudeseite.

2.2 Dachdeckung Für geneigte Dächer gilt Ziegel in Rot-, Braun- und Grautönen, ausschließlich beschichtete Blechdeckungen in Rot-, Braun-, Anthrazit- u. Grautönen.

Dachoberflächen aus Kupfer, Blei, Zinn oder Titanzinn sind bei beabsichtigter Versickerung des Niederschlagswassers nicht zulässig.

2.3 Einfriedung / Zaunsockel Zaunsockel sind unzulässig; es sind ausschließlich erforderliche Punktfundamente im Bereich der Säulen zulässig. Zwischen Boden und Zaununterkante ist ein Abstand von 15 cm einzuhalten.

Einfriedungshöhe max. 2,0 m ab OK fertiges Gelände. Erforderliche Ballfangzäune dürfen bis zu einer max. Höhe von 6,0 m davon abweichen.

2.4 Fassadengestaltung Fassadenmaterialien und -anstriche in greller, hochglänzender oder stark reflektierender Ausführung sind unzulässig.

3.0 AUFSCHÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN UND STÜTZMAUERN

3.1 Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB) Auf dem Baugrundstück sind Aufschüttungen maximal 1,5 m und Abgrabungen von maximal 1,0 m ausgehend vom natürlichen Gelände zulässig. Der Ersatz des verlorengegangenen Retentionsraumes wird gemäß den Festsetzungen unter Punkt III. 5.1 und III.5.2 ausgleichend.

Im Rahmen von Aufschüttungen sind die §§ 6 und 7 der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zu beachten.

3.2 Zur Terrassierung/ Modellierung des Geländes dürfen im Übergang zur freien Landschaft keine Stützmauern verwendet werden. Lediglich im Bereich der Zufahrten oder innerhalb des Baugrundstückes sind Stützmauern zulässig.

3.3 Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB) Auf dem Baugrundstück sind Aufschüttungen maximal 1,5 m und Abgrabungen von maximal 1,0 m ausgehend vom natürlichen Gelände zulässig. Der Ersatz des verlorengegangenen Retentionsraumes wird gemäß den Festsetzungen unter Punkt III. 5.1 und III.5.2 ausgleichend.

Im Rahmen von Aufschüttungen sind die §§ 6 und 7 der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zu beachten.

3.4 Zur Terrassierung/ Modellierung des Geländes dürfen im Übergang zur freien Landschaft keine Stützmauern verwendet werden. Lediglich im Bereich der Zufahrten oder innerhalb des Baugrundstückes sind Stützmauern zulässig.

3.5 Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB) Auf dem Baugrundstück sind Aufschüttungen maximal 1,5 m und Abgrabungen von maximal 1,0 m ausgehend vom natürlichen Gelände zulässig. Der Ersatz des verlorengegangenen Retentionsraumes wird gemäß den Festsetzungen unter Punkt III. 5.1 und III.5.2 ausgleichend.

Im Rahmen von Aufschüttungen sind die §§ 6 und 7 der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zu beachten.

3.6 Zur Terrassierung/ Modellierung des Geländes dürfen im Übergang zur freien Landschaft keine Stützmauern verwendet werden. Lediglich im Bereich der Zufahrten oder innerhalb des Baugrundstückes sind Stützmauern zulässig.

3.7 Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB) Auf dem Baugrundstück sind Aufschüttungen maximal 1,5 m und Abgrabungen von maximal 1,0 m ausgehend vom natürlichen Gelände zulässig. Der Ersatz des verlorengegangenen Retentionsraumes wird gemäß den Festsetzungen unter Punkt III. 5.1 und III.5.2 ausgleichend.

Im Rahmen von Aufschüttungen sind die §§ 6 und 7 der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zu beachten.

4.0 WASSERWIRTSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

4.1 Niederschlagswasser (Oberflächenwasser) Die anfallenden Dach- und Oberflächenabwässer sind auf dem Grundstück möglichst breitflächig, unter Ausnutzung des Füllvermögens der oberen belebten Bodenschicht, zu versickern.

Auch für eine erlaubnisfreie Versickerung ins Grundwasser bzw. Einleitung in Oberflächengewässer sind die Vorgaben der Niederschlagswasserfreistellungs-verordnung (NWFFrV) in Verbindung mit den einschlägigen technischen Regeln (u.a. TRENOG, TRENGW, DWA-M153, Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser", DWA-A 102-1 und 102-2, DWA-A 117, "Bemessung von Regenrückhalteräumen", DWA-A 138, Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser") zu beachten.

4.2 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.3 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.4 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.5 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.6 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.7 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.8 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.9 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.10 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.11 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.12 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.13 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.14 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.15 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.16 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.17 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maßgebend.

4.18 Lagerung wassergefährdender Stoffe Für die Lagerung und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - und des Bayerischen Wassergesetzes - BayWG - mit der dazugehörigen ergangenen Anlagenverordnung AwSV - maß